



Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine: **Standpunkte und Handlungsräume für die Schweiz**

Barbara Haering

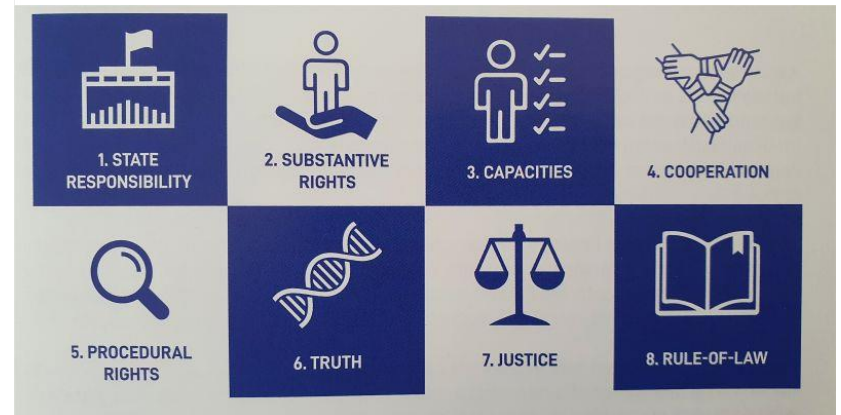
27.04.2024

Barbara Haering – mein Engagement

- **Präsidentin des Geneva International Center for Humanitarian Demining GICHD:** Das GICHD unterstützt Staaten, ihre Verpflichtungen zur Anti-Personnel Mine Ban Convention zu erfüllen. Wir sind in der Ukraine seit langem engagiert.
- **Mitglied der International Commission on Missing People ICMP:** ICMP unterstützt Individuen und Staaten in der Identifikation vermisster Personen – auch zhd. von Rechtsprozessen. Wir sind in der Ukraine engagiert.
- **Mitglied des ehem. OSCE-Pannel of Eminent Persons zur Ukraine Krise 2014/15.**



REDUCING RISK FROM EXPLOSIVE ORDNANCE
MAKING COMMUNITIES SAFE



Das Engagement des GICHD in der Ukraine

- **Continuous support:** The GICHD has been supporting Ukraine for over ten years – mainly in partnership with the OSCE. Since February 2022, the GICHD continues to provide support to Ukrainian national institutions including the National Mine Action Authority, Ministry of Defence, the Mine Action Centre and State Emergency Services of Ukraine.
- **Examples of our work:** Ukraine is one of the few countries where GICHD has established a field presence. Ukraine is becoming GICHDs largest Programme.
- Supporting the Mine Action Strategy development
- Assisting information management with IMSMA Core
- Capacity Building and supporting operational efficiency
- Publications: “Explosive Ordnance Guide for Ukraine”
- Donor coordination in November 2022 / April 2024 / fall 2024
- Supporting the mapping of EORE

Das Engagement der ICMP in der Ukraine

- **Needs:** There are approx. 35,000 missing persons. The work of ICMP in the Ukraine includes:
- Help locate and investigate missing persons cases to judicial standards to hold perpetrators of atrocities to account;
- Ensure public is provided with factual and credible information regarding disappeared persons and related crimes;
- Help counter false narratives that seek to undermine public trust, social cohesion and peace and stability;
- Secure rights of all families of the missing to justice, truth and reparations.

Ukraine Strategy 2023-2027 on Missing Persons

Develop institutional and technical capacities and legislative framework

Provide international technical expertise to conduct large-scale investigations

Support meaningful participation of Ukraine's civil society and families of the missing, especially those which are women-led

Ensure cooperation of Ukrainian authorities, Civil Society and families. Secure cooperation between regional states

Develop a shared missing persons data system

Work with of families of the missing to collect data and to enhance their understanding of the process and their rights

Provide training in all aspects of the missing persons process from data collection, to data protection and processing, DNA testing, excavations, etc. to Ukrainian institutions, CSOs, families of the missing and others

Wo wir herkommen, bestimmt, wofür wir uns einsetzen.



Auschwitz, kalter Krieg, Fall der Berliner Mauer.
Die Brennpunkte zur kollektiven Sicherheit liegen in Europa.
Sie verpflichten uns und involvieren die ganze Welt.

Eckwerte zur kollektiven Sicherheit

- **Humanitäres Völkerrecht:** Ziel des humanitären Völkerrechts ist es, Auswirkungen bewaffneter Konflikte zu begrenzen. Neutralität und Vertraulichkeit der Arbeiten des ICRC sind dabei zentral.
- **Internationales Völkerrecht** verbietet den Angriffskrieg. Bei einem Angriff vereint sich die Staatengemeinschaft unter der UNO gegen den Aggressor; Neutralität ist dabei kein Thema.
- **OSZE-Prinzipien:** Die Schlussakte von Helsinki (1975) und die Charta von Paris (1990) garantieren staatliche Souveränität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

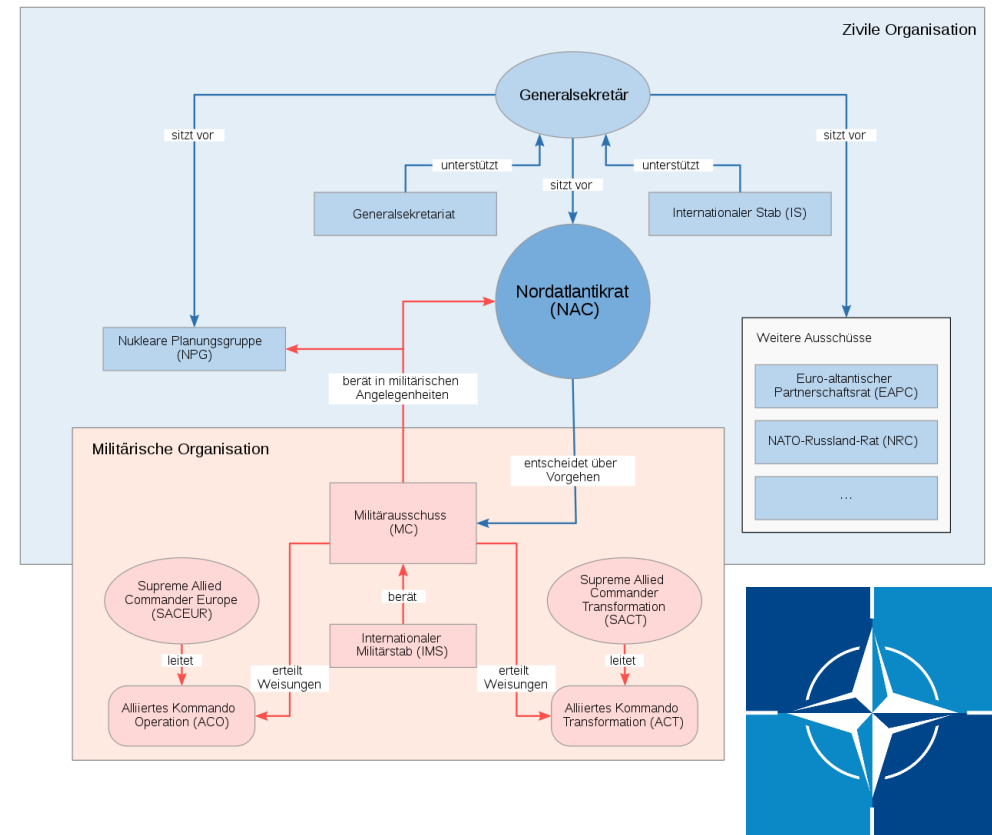
Frage 1: Wie kann die Schweiz dazu beitragen, dass das System kollektiver Sicherheit im Fokus bleibt – trotz der aktuellen Mängel?

Frage 2: Wie positioniert sich die Schweiz in einem Angriffskrieg?



NATO – Verteidigungsbündnis ausserhalb des Systems kollektiver Sicherheit

- **Politische und militärische Allianz** 33 europäischer und nordamerikanischen Staaten zum gemeinsamen Schutz; gegründet am 4. April 1949. Die NATO verfolgt auch das Ziel „weltweiter politischer Sicherheit und Stabilität“.
- **Grundlage:** Nordatlantikvertrag nach Art. 51 der UN-Charta. Die Mitglieder bekennen sich zu Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts.
- **Beistandspflicht (Art. 5):** Mitglieder sind berechtigt, jegliche Massnahmen zu ergreifen, um einem angegriffenen Mitgliedstaat beizustehen. Art. 5 wurde bisher nur nach den Terroranschlägen vom 09/11/2001 in den USA aktiviert.



Ukraine – Bilder, auf die wir nicht mehr vorbereitet waren.

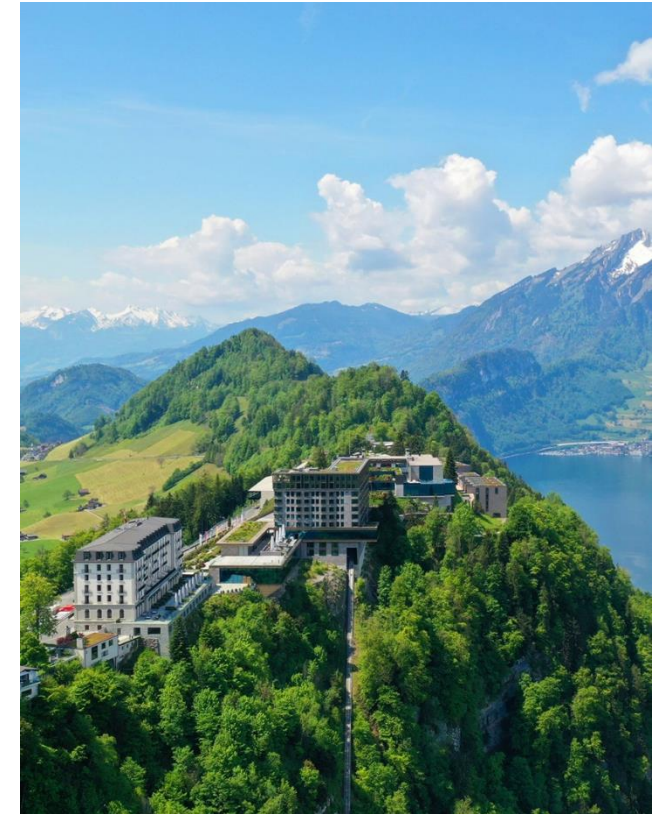
- Warnungen Moskaus wurden nicht ernst genommen und die Besetzungen des Dombas und der Krim 2015 zu wenig sanktioniert. Der Angriffskrieg Russlands ist eine Folge von beidem.
- Geschätzt werden bisher über 500'000 Todesopfer, wovon in der Ukraine über 10'000 Zivilist:innen. In der Ukraine benötigen rund 18 Mio. Menschen humanitäre Hilfe – rund 40% der Bevölkerung.
- Die westliche Unterstützung der Ukraine reichte bislang zur Verteidigung, nicht aber zur Rückeroberung besetzter Gebiete; aktuell reicht sie auch nicht mehr zur Verteidigung. Neu wird die Frage der relevanten Grenzen der Ukraine diskutiert.

Frage 3: Was sind die politischen/militärischen Ziele des Westens? Status quo? Integration der Ukraine in die EU? In die NATO?



Friedensbemühungen – mit welchen Erfolgsaussichten?

- **UNO:** Russland ist Aggressor und ständiges Mitglied des Sicherheitsrats; Beschlüsse zu kollektiver Sicherheit sind deshalb nicht möglich.
 - **OSZE:** 2014/15 lancierte die OSZE Verhandlungen und setzte eine Überwachungsmission ein. Heute ist sie handlungsunfähig; die Überwachungsmission wurde Ende März 2022 aufgelöst.
 - **Schweiz:** Die Schweiz berief sich bisher auf die Neutralität. Sanktionen wurden verzögert umgesetzt, ein Beitritt zur Taskforce Repo abgelehnt; eine militärische Unterstützung der Ukraine blieb aus. Verstärkt wurden die humanitäre Hilfe sowie die (zynische) Aussicht auf Unterstützung beim Wiederaufbau.
- **Frage 4:** Was kann eine Konferenz zum Frieden in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt sein? Stärkung der Ukraine? Follow up?



- **Schwieriges Umfeld:** Humanitäre Massnahmen sind heute mit komplexen, instabilen Einsatzfeldern konfrontiert; Einsätze finden in Kriegssituationen statt.
 - **Unparteilichkeit?** Im Angriffskrieg sind rein humanitäre Aktionen oft nicht mehr möglich. Die Schweiz und das GICHD unterstützen die Ukraine bzgl. Minenräumung – Österreich hat sich mit Neutralitätspolitischen Argumenten dagegen entschieden. Das ICMP unterstützt mit seiner Expertise zu Vermissten auch völkerrechtliche Prozesse – sofern die Betroffenen dies wollen; das ICRC kann dies nicht tun.
 - **Verteilkampf:** In Zeiten knapper Budgets wächst die Konkurrenz der Bedürftigkeiten. Die Ukraine auf Kosten des Globalen Südens zu unterstützen ist aber kurzfristig und unterläuft das Vertrauen des Südens und unsere eigenen Sicherheitsbedürfnisse.
 - **Frage 5:** Wie kann die Schweiz humanitäre Hilfe verstärken? Ist der Ukraine/Armee-Pakt der richtige Weg (Einheit der Materie)?
- Das **GICHD** unterstützt die Ukraine beim Aufbau von Kapazitäten zur humanitären Minenräumung.
 - Die **ICMP** unterstützt die Ukraine beim Aufbau von Kapazitäten zur Identifikation von Opfern. Zudem engagiert sich ICMP für öffentliche Awareness zu Vermissten und Verschleppten: Öffentliche Veranstaltungen mit Frauenorganisationen resp. zu den von Russland verschleppten, ukrainischen Kindern.

Grundsätze für die Schweizer Politik – aus meiner Sicht...

- **Humanitäre Verantwortung:** Wir haben eine humanitäre Verantwortung gegenüber Menschen in Not. Unsere Unterstützung für ihre Sicherheit, Unversehrtheit, Nahrung, Bildung und Meinungsfreiheit von Menschen ist unabhängig von ihren Machthabern.
- **Kollektive Sicherheit:** Das System kollektiver Sicherheit unter der UNO ist ein wichtiger zivilisatorischer Fortschritt; internationales Recht gilt ohne Wenn und Aber.
- **Neutralität:** Die UNO-Charta hat Vorrang. Die Neutralität der Schweiz dient weder dem System kollektiver Sicherheit noch unserer eigenen Sicherheit.



...aber die Dilemmata werden grösser.

In der aktuellen Weltlage helfen weder die Grundsätze der kollektiven Sicherheit noch jene der Neutralität weiter.

- Wo die Prinzipien der kollektiven Sicherheit nicht umgesetzt werden können, muss ich selbst und im Einzelfall zwischen Gesinnungsmoral und Verantwortungsethik entscheiden.
- Es gibt dazu keine perfekten Antworten. Ich muss abschätzen, welches Handeln *eher* zu Frieden und Sicherheit beiträgt.
- Nichtstun schützt nicht vor Mitverantwortung. Neutralitätsrhetorik verfängt nicht mehr; die Schweiz kommt zunehmend unter Druck.
- Zwischen „Nie wieder Krieg“ und „nie wieder Genozid“ entscheide ich mich in letzter Konsequenz für „nie wieder Genozid“.



- **Neutralitätsrhetorik** verhindert eine solidarische Politik zu Frieden und Sicherheit. Neutralität kann durch Bündnisfreiheit ersetzt werden. Unsere friedens-, sicherheits- und aussenpolitischen Werte legitimieren eine aktive, auch militärische Unterstützung der Ukraine.
- **Waffenexporte** und Wiederausfuhren könnten verknüpft werden mit einem Beschluss der UNO-Generalversammlung zu einer massiven Verletzung der UNO-Charta.
- **Verteidigung:** Die Schweiz könnte sich im Kriegsfall nicht verteidigen. Eine generelle Aufrüstung ist aber trotz Ukraine-Krieg nicht sinnvoll. Nötig ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen.
- **Rüstungsgüter:** Unsere Rüstungsproduktion ist sicherheitspolitisch nur bzgl. Nischenprodukten in Zusammenarbeit mit internationalen Projekten bedeutungsvoll. Alles andere ist Industriepolitik.

Konkrete Ansatzpunkte

- Vorbereitung auf die Volksabstimmung zur Neutralitätsinitiative der SVP.
- Diskussion und Anpassung des Waffenausfuhrgesetzes.
- Beitritt zur Taskforce „Repo“ von EU, G7 und Australien.
- Konferenz zum Frieden in der Ukraine als Start zur Revitalisierung der Friedensvorstellungen in Europa und darüber hinaus.

Handlungsräume zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz (2)

- **UNO:** Der Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat muss genutzt werden, um Reformansätze zu unterbreiten. Zudem muss sich die Schweiz stärker für friedensunterstützende Einsätze von UNO/OSZE mit Armee- und Polizeikräften engagieren.
- **Humanitäre Hilfe:** Die Schweiz soll aktiv bleiben, wo andere Staaten sich aus geopolitischen Gründen zurückziehen.
- **Entwicklung und Zusammenarbeit** sind zentral zur Konfliktprävention. Forschung zeigt, wie sie erfolgreich sein können. Die Umverteilung von militärischer zur zivilen Sicherheit muss nachhaltig bleiben.
- **Do no harm:** Die Schweiz ist Drehscheibe des globalen Rohstoffhandels. Es braucht ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz.

Konkrete Ansatzpunkte

- Verstärkte Visibilität zur Arbeit der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat.
- Erhöhung der Quote von 0.3% des BNE für IZA-Kredite.
- Gesetzgebung zur Unterstützung der Ukraine.
- Unterstützung für ICMP auch bzgl. Ukraine; Beitritt der Schweiz zur ICMP.

barbara
hæring

Impressum

Barbara Haering
+41 79 446 71 20
hello@barbara-haering.ch
barbara-haering.ch

Universitätsstrasse 9
CH-8006 Zürich

Follow me

